



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

31. Januar 2025

31. Januar 2025

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

<http://www.edgarfranke.de>
www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Gesundheitspolitik

Aus Wahlkreis und Heimat

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser!

Die letzte Sitzungswoche im Bundestag hatte es wirklich in sich. Gestern sind die Beratungen, die auf den letzten Metern noch eine Stärkung der hausärztlichen Versorgung zum Inhalt hatten, bis 3 Uhr nachts gegangen. Alle Gesetzlichen Neuregelungen, die 2025 in Kraft treten, sind auf Seite 6 nochmal aufgeführt.

Aber das alles bestimmende Thema war sicherlich in dieser Sitzungswoche, dass die CDU zusammen mit der AfD gemeinsam einen Antrag zur Migration beschlossen hat.

Die ehemalige Bundeskanzlerin Merkel hat dazu zu recht formuliert: Merz habe am 13. November im Bundestag versichert, „keine Mehrheiten mithilfe der AfD suchen zu wollen“. Für falsch halte sie es aber, „sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29. Januar 2025 sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen“, siehe Seite 4 und 5.

Ich wünsche allen ein schönes Wochenende und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Euer und Ihr



Die Abstimmung stuft auch unser **Bundestagskandidat Dr. Philipp Rottwilm** als historischen Tabubruch ein: „Friedrich Merz hat sein Wort gebrochen. Noch vor kurzem hat er gesagt, es darf keine Mehrheitsbeschaffung mit der AfD geben. Wirtschaft, Kirchen, Verbände und Bundeskanzlerin a. D. Angela Merkel haben sich von ihm abgewendet. Wir brauchen keine Spaltung und Hass, wie es Donald Trump tut, sondern gemeinsame konstruktive Politik die verbindet.“

Und weiter: „Wir müssen mehr tun, um irreguläre Migration zu begrenzen und die Ausweisung von Straftätern gewährleisten. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit der Landesbehörden, mehr Befugnisse für die Bundespolizei und bessere Terrorismusbekämpfung.“



Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Tabubruch – Migrationsabstimmungen im Bundestag mit Stimmen der AfD

Die SPD-Bundestagsfraktion steht zum Grundrecht auf Asyl. Wir stehen für eine Migrationspolitik, die sich von Menschlichkeit leiten lässt, aber auch für Ordnung sorgt, die Schutzbedürftigen Schutz gewährt, aber irreguläre Migration konsequent begrenzt. Wir stehen für eine Politik, die auf der Grundlage des Grundgesetzes steht und europäisches Recht achtet, die umsetzbar ist und reale Verbesserungen bringt.

Die Union hat am Mittwoch einen Antrag zur Migration mit Hilfe der AfD durchgesetzt. In dem Antrag der Union wird die Bundesregierung aufgefordert, umfassende Zurückweisungen an deutschen Grenzen zu veranlassen, auch ohne rechtliche Grundlagen.

Die Forderungen von Unionsfraktionschef Friedrich Merz zur Schließung der Grenzen wurden dagegen von einer Mehrheit im Bundestag abgelehnt, denn sie verstoßen gegen die europäischen Verträge, sie sind rechtswidrig, antieuropäisch und praxisuntauglich. In einer Zeit, in der wir mehr denn je auf ein einheitliches Europa angewiesen sind, treiben sie Europa in der Migrationsfrage weiter auseinander.

Beim am Freitag abgestimmten Gesetzentwurf der CDU-CSU-Fraktion, dem sogenannten Zustrombegrenzungsgesetz, erlitt Friedrich Merz eine herbe Niederlage. Nach der zweiten Lesung wurde der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten dagegen konkrete und umsetzbare Gesetze vorgelegt, um die Sicherheit in unserem Land weiter zu verbessern. Dazu gehören das Bundespolizeigesetz, die nationale Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sowie Teile des Sicherheitspakets. All das haben CDU/CSU bisher abgelehnt. Die Bundesregierung hat im übrigen bereits Grenzkontrollen eingeführt, die wirksam sind. Sie schöpfen die Spielräume des Grundgesetzes und des europäischen Rechts voll aus. Vor allem aber ist es im vergangenen Jahr gelungen, zwischen den EU-Mitgliedstaaten eine Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu vereinbaren – ein historischer Schritt für mehr Ordnung und Steuerung in der europäischen Flüchtlingspolitik.

Doch Oppositionsführer Friedrich Merz will mit seiner Vorgehensweise den Eindruck erwecken, man könne mit Abschottung und hartem Durchgreifen die fürchterlichen Taten



Von Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg verhindern, wenn nur die Grenzen dichtgemacht und alle Ausreisepflichtigen einsperrt werden.

Tatsächlich hat Friedrich Merz den Konsens zwischen den demokratischen Fraktionen aufkündigt, keine Mehrheiten mit den Stimmen der AfD zu erreichen - die Brandmauer der CDU/CSU bröckelt.

Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung: „Seit Gründung der Bundesrepublik vor über 75 Jahren gab es immer einen klaren Konsens bei allen Demokrat:innen: In unseren Parlamenten machen wir mit extremen Rechten nicht gemeinsame Sache! Sie haben diesen Grundkonsens unserer Republik im Affekt aufgekündigt.“



»Sie nehmen die Unterstützung der AfD für Ihre rechtswidrigen Vorschläge offen in Kauf! Die Unterstützung derer, die unsere Demokratie bekämpfen. Das ist ein schwerer Fehler! Das ist ein unverzeihlicher Fehler!«

— Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag zu CDU/CSU-Fraktionschef Merz

SPD Fraktion im Bundestag



Das sieht auch Bundeskanzlerin a. D. Dr. Angela Merkel so – ihre Erklärung zur Abstimmung im Deutschen Bundestag vom 29. Januar 2025

"In seiner Rede am 13. November 2024 im Deutschen Bundestag hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Kanzlerkandidat von CDU und CSU, Friedrich Merz ausweislich des stenografischen Protokolls des Deutschen Bundestags unter anderem erklärt:

'Für die wenigen verbleibenden Entscheidungen, die ohne Bundeshaushalt möglich sein könnten, will ich Ihnen hier einen Vorschlag machen: Wir sollten mit Ihnen, den Sozialdemokraten, und Ihnen, die Grünen, vereinbaren, dass wir nur die Entscheidungen auf die Tagesordnung des Plenums setzen, über die wir uns zuvor mit Ihnen von der SPD und den Grünen in der Sache geeinigt haben, sodass weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen in der Sache hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine



zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt. Diese Verabredung möchte ich Ihnen ausdrücklich vorschlagen, meine Damen und Herren. Denn das hätten diese Damen und Herren von rechts außen doch gerne, dass sie plötzlich die Mehrheiten besorgen, und sei es mit Ihnen von den beiden Minderheitsfraktionen bei der Bestimmung der Tagesordnung. Wir wollen das nicht. Ich hoffe, Sie sehen das auch so, liebe Kolleginnen und Kollegen.'

Dieser Vorschlag und die mit ihm verbundene Haltung waren Ausdruck großer staatspolitischer Verantwortung, die ich vollumfänglich unterstütze. Für falsch halte ich es,



sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29. Januar 2025 sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen.

Stattdessen ist es erforderlich, dass alle demokratischen Parteien gemeinsam über parteipolitische

Merz will Kanzler werden. Doch sogar die ehemalige CDU/CSU-Bundeskanzlerin Angela Merkel wendet sich von seinem Kurs ab.

Grenzen hinweg, nicht als taktische Manöver, sondern in der Sache redlich, im Ton maßvoll und auf der Grundlage geltenden europäischen Rechts, alles tun, um so schreckliche Attentate wie zuletzt kurz vor Weihnachten in Magdeburg und vor wenigen Tagen in Aschaffenburg in Zukunft verhindern zu können."

Quelle: <https://www.buero-bundeskanzlerin-ad.de/erklaerungen/erklarung-von-bundeskanzlerin-a-d-dr-angela-merkel-zur-abstimmung-im-/>



Gesetzliche Neuregelungen ab 01.01.2025

Mindestlohn steigt: Zum 1. Januar 2025 steigt der gesetzliche Mindestlohn auf 12,82 Euro pro Stunde. Geringfügig Beschäftigte können bis zu 556 Euro monatlich verdienen.

Höherer Grund- und Kinderfreibetrag: Der steuerliche Grundfreibetrag steigt von 11.784 Euro auf 12.096, der Kinderfreibetrag wird um 60 Euro auf 9.600 Euro erhöht - steuerfrei.

Ausgleich der kalten Progression: Um diese auszugleichen, haben wir den Einkommensteuertarif abgesenkt.

Mehr Geld für Familien: Das Kindergeld steigt 2025 um fünf Euro auf 255 Euro pro Kind und Monat. Auch den Kinder-Sofortzuschlag für Kinder, deren Familien z. B. Bürgergeld beziehen, steigt um fünf Euro auf 25 Euro pro Kind und Monat.

Deutschlandticket gesichert: Weiterhin bundesweit den gesamten öffentlichen Nahverkehr nutzen. Der reguläre Preis steigt um neun Euro, von 49 auf 58 Euro.

Mehr Wohngeld: Alle zwei Jahre wird das Wohngeld an die Entwicklung von Mieten und Preisen angepasst. 2025 steigt es um etwa 30 Euro pro Monat, im Durchschnitt 15 Prozent.

Zuverdienst bei Erwerbsminderungsrenten: Wer eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung erhält, kann 2025 mehr hinzuverdienen. Die Grenze lag 2024 bei 37.117,50 Euro, ab 2025 sind es 39.322,50 Euro. Die individuelle Verdienstgrenze kann aber unterschiedlich hoch sein. Für Renten wegen voller Erwerbsminderung steigt der anrechnungsfreie Jahresverdienst von 18.558,75 Euro auf 19.661,25 Euro.

Stabiler Rentenbeitragssatz: 2024 bleibt der Beitragssatz zur Rentenversicherung stabil bei 18,6 Prozent.

Kurzarbeitergeld: Ab dem 1. Januar 2025 wird die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld auf bis zu 24 Monate verlängert. Diese Regelung gilt bis zum 31. Dezember 2025.

Mehr Geld für Azubis: Wer ab dem 1. Januar 2025 eine Ausbildung beginnt, erhält eine höhere Mindestausbildungsvergütung. Diese steigt Jahr für Jahr an. Im 1. Ausbildungsjahr müssen Azubis mindestens 682 Euro erhalten, im 2. Jahr 805 Euro, im 3. Jahr 921 Euro und im 4. Jahr 955 Euro.



Mehr Pflegeleistungen: Pflegebedürftige können Pflegegeld erhalten, das sie in der Regel an die sie versorgenden und betreuenden Personen weitergeben. Es steigt zum 1. Januar 2025 um 4,5 Prozent. Auch die ambulanten Sachleistungen, etwa für eine häusliche Pflegehilfe, werden um 4,5 Prozent angehoben.

Elektronische Patientenakte (ePA): 2025 können alle gesetzlich Versicherten die ePA nutzen, in der etwa Arztbriefe, Befunde und Röntgenbilder digital gespeichert werden. Alle Daten sind verschlüsselt und können nur von den Versicherten und freigeschalteten Ärzten eingesehen werden.

Höhere Ausgleichsabgabe: Arbeitgeber mit mehr als 20 Beschäftigten sind dazu verpflichtet, fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen. Anderenfalls müssen sie eine Ausgleichsabgabe zahlen. künftig 815 Euro statt 720 Euro im Monat.

EU-einheitliches Ladekabel kommt: Aufgrund der Vielzahl verschiedener Stecker und Ladegeräte entstehen tausende Tonnen an Elektroschrott. Damit ist jetzt Schluss. Denn der USB-C wird Standard für elektronische Geräte wie etwa Smartphones und Tablets.

Smart Meter: Privathaushalte haben ab dem 1. Januar 2025 das Recht, sich einen intelligenten Stromzähler einbauen zu lassen. Die Kosten hierfür werden auf 20 Euro brutto pro Jahr gedeckelt.

Dynamische Stromtarife: Stromanbieter müssen Kunden mit einem intelligenten Messsystem einen dynamischen Tarif anbieten. Das sind Stromtarife, bei denen sich der Arbeitspreis nach dem Strombörsenpreis richtet.

Echtzeitüberweisung: In der EU wird die Echtzeitüberweisung eingeführt. Ab dem 9. Januar 2025 müssen Banken und Sparkassen eingehende Echtzeitüberweisungen gebührenfrei entgegennehmen.

Die ePA für alle

Die ePA für alle wird seit dem 15. Januar 2025 allen gesetzlich Versicherten zur Verfügung gestellt. Sie wird den Austausch und die Nutzung von Gesundheitsdaten vorantreiben und die Versorgung gezielt unterstützen.

Siehe auch:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/digitalisierung/elektronische-patientenakte/epa-fuer-alle.html>



Gesundheitspolitik

Gesundheits-Versorgungsstärkungs-Gesetzes (GVSG) - Hausarztpraxen stärken

Wenn Hausarztpraxen ihr Budget überschreiten, etwa um mehr Patientinnen und Patienten zu versorgen, werden die Behandlungskosten derzeit nicht komplett von der Krankenkasse erstattet. Die bislang geltenden Budget-Obergrenzen für Hausärzte schaffen wir nun ab. Durch diese Entbudgetierung sorgen wir dafür, dass der Beruf wieder attraktiver wird und Patienten schneller einen Termin erhalten. Besonders auf dem Land werden mehr Hausärzte gebraucht.



Für die Kinder- und Jugendmedizin gilt die Entbudgetierung bereits seit dem 1. April 2023. Nun sollen auch Hausärzte alle Untersuchungen und Behandlungen ohne Abschläge bezahlt bekommen, damit Mehrarbeit finanziell nicht zu Nachteilen führt. Über eine Vorhaltepauschale erhalten Hausärzte zusätzliche Mittel zur Finanzierung ihrer Praxis.

Wir führen eine quartalsübergreifende Pauschale für Patienten mit chronischen Erkrankungen ein, die nicht intensiv betreut werden müssen. Wir erleichtern die Genehmigung von Hilfsmitteln für Menschen mit Behinderung. Den Anspruch auf Notfallverhütungsmittel für Opfer sexueller Gewalt weiten wir ebenfalls aus – die Kosten werden künftig ohne Altersbegrenzung von der Krankenkasse erstattet. Auch die Kosten für bestimmte Verbandsmittel werden weiterhin erstattet.

Die Entbudgetierung der Hausarztpraxen und alle anderen Maßnahmen sind Teil des Gesundheits-Versorgungsstärkungs-Gesetzes (GVSG), das wir in dieser Sitzungswoche zusammen mit Grünen und FDP im Bundestag beschlossen haben. Die neuen Regeln treten spätestens im April in Kraft.



Unterzeichnung der „German-Norwegian Health Partnership“

Deutschland und Norwegen haben am 28. Januar 2025 in Berlin eine bilaterale Gesundheitspartnerschaft zwischen ihren beiden Ministerien unterzeichnet.

Die Partnerschaft soll die bereits enge Zusammenarbeit beider Länder im Gesundheitsbereich weiter stärken und einen Rahmen für regelmäßigen Dialog, bilaterale Zusammenarbeit und gegenseitiges Lernen bieten. Ziel ist es, die Gesundheitsvorsorge und -



reaktion sowie die Qualität der Gesundheitsdienste zu verbessern. Die Partnerschaft umfasst die Zusammenarbeit in Bereichen wie Forschung, neue Technologien und Entwicklung der Gesundheitsbranche. Zu den ersten Schwerpunktbereichen der Zusammenarbeit gehören die europäische Gesundheitsvorsorge, die Rolle der Digitalisierung und künstlicher Intelligenz bei der Verbesserung der Gesundheitssysteme, globale Gesundheitsfragen und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit.

Bild oben: bilaterale Gespräche mit Gesundheitsminister Jan Christian Vestre und Delegation.



Bild: Unterzeichnung der „German-Norwegian Health Partnership“.

Auch wurde besprochen, welche Auswirkungen der Rückzug der USA unter Trump aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben wird (die US-amerikanischen Finanzmittel machen fast 20% des gesamten WHO-Haushalts aus).



Neujahrsempfang des Deutschen Hausärzteverbandes in Berlin



In seinem Grußwort betonte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister, Edgar Franke, dass man einige Gesetzesvorhaben noch gern zum Abschluss gebracht hätte.

Franke betonte, dass das Bundesministerium für Gesundheit alles daran setze, dass zumindest Teile der bereits vorhandenen Gesetzestexte noch umgesetzt werden.



Die Bundesregierung hätte trotz wirklich schwieriger, auch finanzieller Rahmenbedingungen Einiges auf den Weg gebracht: Ob im Bereich der Digitalisierung (eAU, e-Rezept, ePA) in der Pflege oder auch beispielsweise in der Sicherung der Versorgung im Rahmen der Krankenhausreform. Franke brachte aber auch zum Ausdruck, dass in einem zunehmendem Maße gesamtgesellschaftliche Aufgaben durch die Kranken- und Pflegeversicherung zu finanzieren seien und dafür in Zukunft auch die erforderlichen Steuerzuschüsse bereitgestellt werden müssten. So ist das Delta beispielsweise bei der Finanzierung der Krankenversicherung der Bürgergeldempfänger beträchtlich und es hat auch keine 1:1 Finanzierung bei den Coronamaßnahmen in der Pflegeversicherung stattgefunden. Deshalb sei es nicht nur ordnungspolitisch geboten, sondern würde das Gesundheitswesen auch tatsächlich erheblich entlasten, wenn man hier eine auskömmliche Finanzierung anstreben würde.



Dr. Markus Beier und Professor Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth leiten den Verband als Bundesvorsitzende.



Aus Wahlkreis und Heimat

Volles Haus in Frankenberg im Philipp-Soldan-Forum beim Neujahrsempfang mit Wolfgang Tiefensee und Philipp Rottwilm.

Der gut aufgelegte Kandidat für den Deutschen Bundestag, Philipp Rottwilm, begeisterte im Dialog mit dem

schlagfertigen ehemaligen Bundes- und Landesminister bzw. ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister, Wolfgang Tiefensee, die zahlreich anwesenden Gäste.



Vom sozialen Zusammenhalt bis hin zum gemeinsamen Miteinander der Demokraten wurden - auch unter Einbeziehung des Publikums - viele aktuelle politische Themen angesprochen. Fast alle Besucher haben gesagt, dass es ein wirklich außergewöhnlich gelungener politischer Nachmittag gewesen sei.

Wolfgang Tiefensee ist mit seiner ruhigen und sachlichen Art keine Antwort schuldig geblieben und hat viele Fragen auch im Hinblick auf seine Biographie bzw. seine

beruflichen Erfahrungen beantwortet.

Bei seinem letzten Neujahrsempfang im Frankenger Land verabschiedete sich Edgar Franke als Wahlkreisabgeordneter und bedankte sich abschließend ganz herzlich bei den Anwesenden für die große Unterstützung in den letzten vier Legislaturperioden seit 2009. Ohne diese wären die guten Wahlergebnisse mit immer um die 40% der Erststimmen nicht möglich gewesen.



Bilder der Woche

Die SPD-Mitglieder des Gesundheitsausschusses

(im Bild mit Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach und seinem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Edgar Franke) behandelten viele Themen der Gesundheitspolitik, von der Bewältigung der Corona-Pandemie über die menschenwürdige,

qualitativ hochwertige Pflege bis hin zur flächendeckenden ärztlichen Versorgung, um das Gesundheitssystem für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen.



Kamingespräch

Gesundheitspolitisches Kamingespräch mit Dr. **Albrecht Klopfer** - Institut für Gesundheitssystem-Entwicklung, Publizist und Politikberatung mit Gästen aus der Gesundheitswirtschaft.

Flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung, insb. Entbudgetierung der Hausärzte und Krankenhausreform, „innovationsfeindliche Leitplanken“ bei innovativen Arzneimitteln, die Notwendigkeit eines Entbürokratisierungspakets des EU-Medizinprodukterechts waren u.a. die Themen der Gespräche. Zudem müssten in der Gesundheitspolitik nach der Bundestagswahl dringend die drängenden Finanzierungsfragen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) entschieden werden, so die überwiegende Meinung.



Abschieds-Umtrunk der AG-Gesundheit mit MitarbeiterInnen



In der Arbeitsgruppe Gesundheit sind alle Abgeordneten des Gesundheitsausschusses organisiert. Hier werden Gesetzesinitiativen vorbereitet und sämtliche von der Bundesregierung eingebrachten Gesetze mit Gesundheitsbezug beraten. Heike Baehrens leitet als gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion die AG (im Bild neben Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach).



Mit dem gesundheitspolitischen Referenten Andreas Kniesche (im Bild links) hat Edgar Franke als Gesundheitspolitiker, als Mitglied und später Vorsitzender des Ausschusses und dann als Parlamentarischer Staatssekretär immer sehr eng zusammengearbeitet.

Im Auftrag von Gesundheitsminister Karl Lauterbach bedankte sich Edgar Franke bei der für Gesundheitspolitik zuständigen Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dagmer Schmidt (Bild rechts), für die Zusammenarbeit in der zu Ende gehenden Legislaturperiode.





Neujahrsempfang der SPD in

Frankenberg mit Wolfgang Tiefensee und Philipp Rottwilm.

Bild links: Mit dem Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Waldeck-Frankenberg, Latif Hamamiyeh Al-Homssi, Dr. Philipp Rottwilm und dem SPD-Vorsitzenden von Frankenberg, Hendrik Klinge.



Edgar Franke und Bundestagskandidat Philipp Rottwilm mit **Reinhard Kahl**, Landtagsabgeordneter a.D. (Bild oben) und der ehemaligen Vorsitzenden des Kreistags Waldeck-Frankenberg, **Iris Ruhwedel** (Bild links).



In den vergangenen zwei Wochen hat **Zulay Azevedo-Möhr** ein Schülerpraktikum im Bundestagsbüro von Edgar Franke und in dessen Büro im Bundesministerium für Gesundheit gemacht. Die erste Woche absolvierte sie im Gesundheitsministerium. Im Anschluss verbrachte sie eine Woche im Bundestagsbüro und hat dort Erfahrungen über praktische Politik und auch über die Geschichte des Reichstages sammeln können.

Zudem konnte Zulay Edgar Franke bei Gremiensitzungen im Bereich Gesundheitspolitik begleiten und eine Sitzung des Bundestages „live“ von der Besuchertribüne des Plenarsaales verfolgen.



IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurzgehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler/photothek.net, Zitat Rottwilm aus Presseerklärung gegenüber der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen veröffentlicht am 31.01.2025, Seite 4 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion und Image by [Jonas Schmidt](#) from [Pixabay](#), Seite 5 Image by [Wolfgang Claussen](#) from [Pixabay](#), Seiten 6 und 7 Quelle: KOMPAKTINFO SEITE 1 / 2 Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 8 Image by [Julio César Velásquez Mejía](#) from [Pixabay](#), Seiten 9-15 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.